

BFS-TRENDINFO

4/17

Informationen für Führungskräfte der Sozialwirtschaft

Editorial

Pflege

Zwischen Motivation und Frustration

Verbesserung der Pflegequalität: Thema für die Wahlen

Gesundheitswirtschaft

Klinikbauten: Krankenhäuser zu Gesundheitshotels

Bildung

Tablet oder Tafel? Lernziel digitales Klassenzimmer

Integration

Deutsche brauchen keine Angst um ihre Jobs zu haben

Gesellschaft

Armutbericht: Wirtschaft brummt, Abkoppelung nimmt zu

Generali Altersstudie: Vom Herbst des Lebens zum dritten Frühling

Buchempfehlung

Ulrich Heinemann: Bewegter Stillstand. Die paradoxe Geschichte der Schule nach PISA

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

am 9. März 2017 hat der Bundestag den Gesetzesentwurf zur Umsetzung der CSR-Richtlinie der EU angenommen. Damit werden große Unternehmen, Banken und Versicherungen nach einigen Jahren Vorbereitungszeit nun verpflichtet, über ihren Beitrag zur Nachhaltigkeit zu berichten.

Was heißt das im Einzelnen? Kapitalmarktorientierte Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern und solche, deren Bilanzsumme 20 Millionen Euro oder deren Umsatz 40 Millionen Euro übersteigt, müssen ab 2018 entweder ihren Geschäftsbericht um Nachhaltigkeitsinformationen erweitern oder einen separaten Nachhaltigkeitsbericht vorlegen. Gefragt sind detaillierte Informationen über das Geschäftsmodell des Unternehmens, über die Berücksichtigung von Umwelt-, Arbeitnehmer- und sozialen Belangen, die Achtung der Menschenrechte und die Bekämpfung von Korruption und Bestechung.

Dass die Bank für Sozialwirtschaft in Bezug auf Nachhaltigkeit bereits gut aufgestellt ist, bestätigt uns die Ratingagentur oekom research regelmäßig mit dem Status „Prime“. Nachhaltige Entwicklung verstehen wir als ganzheitliches Zukunftskonzept, das die soziale, die ökonomische und die ökologische Dimension gleichermaßen einbezieht. Um uns kontinuierlich weiterzuentwickeln, möchten wir die vielfältigen Nachhaltigkeitsleistungen unserer Bank strategisch weiter

ausbauen.

Vom 30. März bis 30. April 2017 führt die Bank für Sozialwirtschaft daher eine Online-Umfrage zur Nachhaltigkeit durch, zu der wir Sie als gesellschaftspolitisch interessierte Abonnenten unserer BFS-Trendinfo herzlich einladen. Welche Themen leisten aus Ihrer Sicht einen besonderen Beitrag zur Nachhaltigkeit? Das Ausfüllen des Fragebogens wird ca. zehn Minuten in Anspruch nehmen und ist selbstverständlich anonym. Machen Sie mit und unterstützen Sie die Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsgedankens!

Die Online-Umfrage finden Sie unter [umfrage-nachhaltigkeit](#).

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen unserer April-Ausgabe.

Ihr Bank für Sozialwirtschaft

Pflege

Zwischen Motivation und Frustration

Pflegeversicherung, Pflegenotstand, Pflegereform – so viel Pflege war noch nie. Dabei geraten in der hitzigen Diskussion mitunter jene aus dem Blick, auf deren Schultern der wachsende Pflegebedarf unserer Gesellschaft lastet. „Mir war es wichtig, nicht über Pflegekräfte zu sprechen, sondern mit ihnen“, nennt Elisabeth Scharfenberg das tragende Motiv ihrer Umfrage unter Pflegekräften. Die Autorin ist Bundestagsabgeordnete der Grünen und Sprecherin für Pflege- und Altenpolitik ihrer Fraktion. Pflegekräfte sollten Gelegenheit haben, ihre Situation in eigenen Worten zu schildern und in die häufig abstrakte Diskussion über den Pflegenotstand die Erfahrungen der Betroffenen einbringen, fordert sie.

Was macht den Pflegeberuf attraktiv?

Nicht die Illusion eines überdurchschnittlichen Gehalts oder das Streben nach hohem Ansehen lässt Menschen den Pflegeberuf ergreifen. Die Befragung ergab, dass vielmehr der Wunsch, mit Menschen zu arbeiten, etwas Sinnvolles zu leisten und eine vielseitige Tätigkeit auszuüben, unter den Berufswahlmotiven weit oben rangiert. Und viele Personen, die einmal „drin“ sind, bewahren sich eine gute Portion Idealismus. 85 Prozent der Befragten gaben an, stolz auf ihre Arbeit zu sein. Das Gefühl, gebraucht zu werden, Verantwortung zu tragen und für Menschen am Lebensende da zu sein, motiviert die Pflegekräfte. „Diese Antworten zeigen, welches Potential im Pflegeberuf steckt, wenn die Arbeitsbedingungen stimmen“, kommentiert die Autorin.

Ergebnisse: Was belastet Pflegekräfte?

41 Prozent der Umfrageteilnehmer äußern sich zufrieden mit ihrem Beruf, 59 Prozent sind unzufrieden. Ursächlich für diese Unzufriedenheit sind zunehmende Arbeitsbelastung (93 %), Zeitdruck (87%) und seelische Belastung (67 %). Knapp die Hälfte würde sich rückblickend nicht noch einmal für den Pflegeberuf entscheiden. Die Hauptgründe: schlechtes Gehalt (82%) und chronischer Personalmangel (79%). 77 Prozent können sich wegen der körperlichen Belastung und 64 Prozent wegen des Personalmangels nicht vorstellen, den Beruf bis zum 67. Lebensjahr auszuüben. Und was den Nachwuchs angeht: 45 Prozent der Pflegekräfte würden einem jungen Menschen davon abraten, in die Pflege zu gehen, aber immerhin 42 Prozent würden zuraten.

Wie erleben Auszubildende ihren Beruf?

Auszubildende erhielten einen separaten Fragebogen vorgelegt, 412 Personen nahmen teil. Mehr als die Hälfte dieses Personenkreises gab an, dass die Ausbildung ihre Erwartungen erfüllt; 34 Prozent sahen ihre Erwartungen enttäuscht. Die Gründe dafür sind: zu wenig Zeit für den einzelnen Pflegefall (81 %), Arbeitshetze (62 %), nicht leistungsgerechtes Gehalt (58 %) und der Wunsch nach mehr Anerkennung durch den Arbeitgeber (49 %). 44 Prozent wünschen sich überdies, mehr Fachwissen vermittelt zu bekommen. Mehr als zwei Drittel der Befragten wollen nach ihrer Ausbildung weiter im erlernten Beruf tätig sein,

ein knappes Drittel verneint das oder ist sich noch nicht sicher.

Was muss sich aus Sicht der Pflegekräfte ändern?

Mehr Gehalt und Personal führen die Wunschliste der Befragten an. Weitere Anliegen sind ihnen, mehr Zeit für die Pflege einzelner Menschen und mehr Eigenverantwortung zu haben. Viele Dokumentationspflichten werden als belastend empfunden. Wichtig ist den Pflegekräften eine starke Lobby, die der Profession mehr politisches Gewicht verschafft. Die Pflegekammer gilt diesbezüglich nicht als adäquate Vertretung.

Fazit: Was ist ein würdevolles Leben bei Pflegebedürftigkeit wert?

„Pflegekräfte sind Expertinnen und Experten vor Ort, die uns mit ihren Antworten einen Einblick in ihren Arbeitsalltag geben“, unterstreicht Scharfenberg den Zweck ihrer Umfrage. Die Meinungen und Wünsche, die dabei deutlich werden, überraschen nicht wirklich. Für die Autorin verdeutlicht die Studie eine „bemerkenswerte Diskrepanz zwischen Motivation und Frustration“, führt sie in einem Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau aus.* Ein ganzes Bündel an Maßnahmen soll den Ausweg weisen: „Um den Beruf attraktiver zu machen, brauchen wir eine Ausbildungsreform, die das Fachwissen in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege erhält, die zugleich den Wechsel zwischen den Berufen erleichtert und

Aufstiegschancen verbessert.“ Mit dieser Reform, einer besseren Bezahlung und bundesweit verbindlichen Personalbemessungsinstrumenten werde der Beruf seine Nachwuchsprobleme in den Griff bekommen. Letztlich stehe die Frage zur Entscheidung an, welchen Stellenwert die Gesellschaft der Pflege einräumt. Denn ein würdevolles Leben auch bei Pflegebedürftigkeit gehe uns alle an, mahnt die Autorin, „und zwar sehr persönlich“.

Das Umfrage-Design: Wer nahm teil, wie war die Resonanz?

Knapp 4.500 Pflegekräfte nahmen an der Online-Umfrage teil: Rund die Hälfte ohne leitende Position, 28 Prozent in leitender Position, zehn Prozent Auszubildende. Das Alter der überwiegend weiblichen Befragten liegt mehrheitlich zwischen 30 und 59 Jahren. Mehr als 40 Prozent arbeiten seit über 20 Jahren in der Pflege. Fast die Hälfte der Befragten sind im Krankenhaus tätig, rund 40 Prozent in der Altenpflege. Hinsichtlich der Trägerschaft gilt: Ob freigemeinnützig, privatwirtschaftlich oder öffentlich – „die Umfrage spiegelt die Arbeitsbedingungen in allen Bereichen wider.“

Elisabeth Scharfenberg, Was beschäftigt Pflegekräfte?

Ausgewählte Ergebnisse der Umfrage der Online-Umfrage 2016, 37 Seiten, [Download](#).

s. auch: [Pflegekräfte fordern Verbesserungen, Frankfurter Rundschau, 02.09.2016](#)

Verbesserung der Pflegequalität: Thema für die Wahlen

Im laufenden Jahr müssen zahlreiche Spitzenpolitiker um ihre Jobs bangen. Nach den Landtagswahlen im Saarland geht es in Schleswig-Holstein und NRW an die Wahlurnen. Schließlich gipfelt das Superwahljahr in der Abstimmung ums Kanzleramt am 24. September. SPD-Kandidat Martin Schulz ist wild entschlossen, den Kampf um die Kanzlerschaft auf die Frage der sozialen Gerechtigkeit zuzuspitzen, die Union brütet noch über ihrer zentralen Botschaft. Eine aktuelle Studie des DIW zu den politischen Zielen der Bundesbürger könnte da möglicherweise als Wegweiser für Wahlkampfstrategen dienen. Wenn die Sache nur so einfach wäre! Denn anscheinend setzen die Wahlbürger derzeit andere Prioritäten, als sie in der politischen Arena debattiert werden.

Drei Top-Ziele: Demokratieerhalt, Pflegequalität, Kriminalitätsbekämpfung

Nicht die klassische sozial- und wirtschaftspolitische Programmatik – Gerechtigkeit und Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens (BIP) – brennt den befragten Studienteilnehmern derzeit auf den Nägeln. Vielmehr liegt ihnen

der „Erhalt der Demokratie“ (durchschnittlich 9,5 von 10 möglichen Punkten), die „Verbesserung der Pflegequalität“ (9,0 Punkte) und die „Bekämpfung der Kriminalität“ (9,0 Punkte) besonders am Herzen. Erst nach diesen drei Politikzielen denken sie ans Portemonnaie: „Arbeit schaffen“ folgt auf Rang vier (8,9 Punkte). Am wenigsten wichtig waren den Befragten „Ehrenamt fördern“, „Lebenserwartung erhöhen“ und „langes Pendeln reduzieren“.

Hat sich die Einstellung der Befragten von 2013 bis 2016 verändert?

Die Ziele „Arbeit schaffen“ und „Erhalt der Demokratie“ wurden schon 2013 hoch gewichtet. Bei diesen hochrangigen Zielen herrschen mithin stabile Präferenzen vor. Merkwürdige Veränderungen gab es jedoch bei zwei weiteren Zielen: Die Senkung der Staatsschulden rangierte in der Wähler-Wertschätzung vor vier Jahren erheblich höher als heute. Auch die Bildungs- und Ausbildungsförderung wurde damals höher gewichtet. Der Verteilung der Einkommen und Vermögen wird in beiden Jahren eine mittlere Bedeutung zugesprochen. Pflegequalität und Kriminalitätsbekämpfung hingegen wurden dieses Jahr zum ersten Mal abgefragt. Insgesamt fällt auf, dass fast allen Politikzielen eine höhere Bedeutung beigemessen wird, je älter die Befragten sind.

Ist den Menschen heute wirtschaftlicher Wohlstand nicht mehr so wichtig?

Nein – wenn es um das direkte Ziel der Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens geht. Angesichts der rückläufigen Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der insgesamt robusten wirtschaftlichen Verfassung der deutschen Wirtschaft ist dieser Aspekt nicht mehr ganz dringend. Doch – da die hoch gewichteten Politikziele auf wirtschaftlichem Wohlstand beruhen. Ökonomisches Wohlergehen wird vorausgesetzt und nicht etwa gering geschätzt.

Differenzierung nach Ost/West und Geschlecht

Insbesondere Politikziele aus dem Arbeitsleben, zum Beispiel „Arbeit schaffen“, „wirtschaftliche Ungleichheit abschaffen“ und „Arbeitszufriedenheit steigern“, sind den Ostdeutschen wichtiger als den Westdeutschen. Auch geschlechtsspezifische Akzente liegen vor. Frauen messen den ersten vier Politikzielen sowie ökologischen, nachhaltigkeitsbezogenen Aspekten eine größere Bedeutung bei als Männer. Parteibezogene Präferenzen lassen sich ebenfalls feststellen.

Welches Ergebnis überrascht am meisten?

Ziemlich unerwartet ist den Studienautoren zufolge die

altersgruppenübergreifend hohe Gewichtung des Politikziels „Verbesserung der Pflegequalität“. Auch jüngere Generationen haben folglich ein starkes Problembewusstsein für das Thema Alter. „Das hat uns am meisten überrascht, weil es ja hier insbesondere für junge Menschen um die Lebensbedingungen in einem Lebensabschnitt geht, der in relativ weiter Ferne liegt“, kommentiert DIW-Autor Giesselmann.

Ausblick: Was lässt sich aus den Studienergebnissen lernen?

Wie sich die Parteien endgültig positionieren, steht noch nicht fest. Damit bleibt offen, ob die in der DIW-Studie abgefragten Politikziele im Wahlkampf eine Rolle spielen. Über alle vier Ziele herrscht jedoch laut DIW ein breiter Konsens: Bei allen Bevölkerungsschichten ernteten sie hohe Zustimmungswerten von über 90 Prozent. „Mehrheiten bekommen nur die politischen Programme, die offensiv für den Erhalt der Demokratie einstehen, auf den zunehmenden Bedarf an Pflege in der alternden Gesellschaft Bezug nehmen und ein klares Profil in der Sicherheits- und Beschäftigungspolitik aufweisen“, sagt DIW-Forscher Gert G. Wagner.

Methodische Grundzüge

Das DIW Berlin und TNS Infratest (heute: Kantar Public)

befragten Ende Januar 2013 1.012 Personen zur Relevanz unterschiedlicher Politikbereiche. Zugrunde lagen die zehn Wohlstandsindikatoren der Enquete-Kommission des Bundestags „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Die Gewichtung reichte von null („gar nicht wichtig“) bis zehn („sehr wichtig“). Ende Januar 2017 kam es zur erneuten Befragung bei 1.016 Personen, erweitert um zwanzig zusätzliche Indikatoren aus dem 2016 vorgelegten Regierungsbericht zur Lebensqualität („Gut leben in Deutschland“). In der Umfrage ging es um wirtschaftspolitische Aspekte (etwa Pro-Kopf-Einkommen, Einkommens- und Vermögensindikatoren), soziale Aspekte (Erwerbstätigenquote, Lebenserwartung, Demokratieerhalt) und ökologische Aspekte (Senkung von Treibhausgasen, Erhalt von Artenvielfalt). Der derzeit brisante Themenbereich der Flüchtlingspolitik ist nicht Teil des Studiendesigns.

Marco Giesselmann / Nico A. Siegel / Thorsten Spengler / Gert G. Wagner, Politikziele im Spiegel der Bevölkerung: Erhalt der freiheitlich-demokratischen Ordnung weiterhin am wichtigsten, in: DIW Wochenbericht Nr. 9/2017, Seiten 139-151, [Download](#).

Gesundheitswirtschaft

Klinikbauten: Krankenhäuser zu Gesundheitshotels

Eine lange Architekturgeschichte reicht vom mittelalterlichen Siechen- und Klosterspital zum Krankenhaus der Gegenwart. Dahinter steht der Wandel von einer Kultur der Barmherzigkeit zur staatlichen Wohlfahrt mit institutionalisierter medizinischer Versorgung. In seiner Zweckmäßigkeit folgt der moderne Krankenhausbau der Industriearchitektur: eine Anlage aus isolierten Baukörpern, differenziert nach Funktionsbereichen und hygienischen Erfordernissen. Für diese Struktur kündigen sich jetzt bedeutende Veränderungen an.

Klinikgebäude der Zukunft wird jetzt angedacht

Rasanter medizinischer Fortschritt, veränderte Erwartungen der Patienten an „ihr“ Krankenhaus und innovative Formen innerbetrieblicher Prozesssteuerung stellen an den Klinikbau der Zukunft ganz neue Anforderungen. Die klassischen Krankenanstalten wandeln sich zu spitzentechnologischen Gesundheitszentren mit Hotelambiente. Ein Thesenpapier der Unternehmensberatung PwC Schweiz fasst zusammen, was das künftige Klinikgebäude ausmacht. Gemäß dem landestypischen Sprachgebrauch ist dabei vom Spital die Rede. Die dahinter stehenden Überlegungen lassen sich nahtlos auf Deutschland und seine Kliniklandschaft übertragen.

Paradigmen der Planung

So wie die Privatwirtschaft ist die strategische Klinikplanung von zwei Grundparadigmen geprägt, stellt das PwC-Papier fest: „Betrieb und Infrastruktur auf das Kerngeschäft reduzieren und die nötigen Flächen effizient und wirtschaftlich nutzen.“ Die strategische (Neu-) Ausrichtung des Leistungsangebots grenzt das zukunftsweisende Kerngeschäft von weniger notwendigen Angeboten ab. Damit geht eine „Entflechtung und Bereinigung“ des historisch gewachsenen Konglomerats unterschiedlicher Funktionsbereiche und Flächen einher. Nicht zum Kerngeschäft zählende Leistungen können organisatorische und bauliche Veränderungen anstoßen: Ausgliederung (z. B. Gebäudemanagement), Kooperation mit anderen Anbietern und Rückbau von Funktionsflächen.

Der Patient ist König

Architektur und Einrichtung fördern Heilung und Wohlbefinden. Der Patient ist Kunde, der mit einem hochwertigen medizinischen Angebot überzeugt werden möchte. „Neue Spitalanlagen sollten konsequent aus der Sicht des liegenden, sitzenden, stehenden, wachen und schlafenden Patienten geplant und realisiert werden“, fordert das PwC-Papier. Das „Healing Environment“-Konzept bezieht ansprechende Raumproportionen, hochwertige Materialien,

ein übersichtliches Orientierungssystem sowie eine harmonische Licht- und Akustikeinwirkung ein.

Digital denken

Die fortschreitende Digitalisierung beschränkt sich nicht auf die IT-Abteilung, sondern erfasst sämtliche Unternehmensbereiche. „Digital denken“ ist die Maxime des zukunftsgerichteten Klinikbetriebs, eine strategische Aufgabe, die auf der Leitungsebene angesiedelt sein muss. Nur die Wirklichkeit sieht anders aus: „Leider kennt die heutige Spitalwelt den Chief Digital Officer (CDO) noch kaum als Funktion.“

Die digitale Klinik

Sichtbarsten Ausdruck findet das digitale Krankenhaus in einem deutlich kleineren Patienten- und Besucheraufkommen. „Denn gewisse Patienten müssen nicht mehr ins Spital kommen, zum Beispiel für Überwachungsaufgaben (remote monitoring). Man spricht von Off-site-Patienten. Die Digitalisierung kann so das Geschäftsmodell eines Spitals komplett umkrempeln.“ Andere Raumanforderungen des digitalen Hauses ergeben sich daraus, dass ein Teil des medizinischen Personals keinen direkten Kontakt mehr mit den Patienten hat. Konsequenz: Die Arbeitsplätze stehen möglicherweise nicht mehr auf dem Krankenhausareal zur Verfügung, sondern werden in sog.

Shares Services Centers zusammengefasst, eventuell sogar ins Ausland verlagert.

Das Building Information Modeling (BIM)

Hierbei handelt es sich um ein Instrument der dreidimensionalen Gebäudeplanung. Schrittweise integriert es die Vorstellungen aller Beteiligten und bildet sie allgemeinverständlich ab. Betreiber und Nutzer erhalten per Simulation größtmöglichen Überblick über geplante Funktionen und Abläufe und bringen Änderungswünsche ein. Somit wird der Umfang nachträglicher Korrekturen reduziert. BIM steigert überdies den Vorfertigungsgrad – die Typisierung und Standardisierung von Bauteilen – und fördert Automatisierung und Robotisierung auf der Baustelle. Das alles hat direkte Auswirkungen auf nutzergerechte Funktionalität und seriöse Kostenschätzung.

Wie sieht das Krankenhaus 2050 aus?

Bei ihrem Blick in die Zukunft konzentriert sich die PwC-Darstellung auf drei Aspekte.

- **Die Unternehmensform:** Einige öffentliche Häuser haben private Minderheitenaktionäre, andere wurden ganz an private Akteure verkauft. Sie gehören national und international agierenden Immobiliengesellschaften, die zum Teil börsennotiert sind.

- **Das Areal:** Die Klinik im Alleingang (Single-Tenant-System) macht dem Shop-in-Shop-Konzept Platz. Die Einrichtung ist planerisch mit weiteren gesundheitsbezogenen Leistungserbringern, mit Hotels, Einkaufszentren und Freizeitanlagen in einem Konzept verbunden. „Damit rückt die Frage der Immobiliengesellschaft in den Vordergrund, die das Areal als Ganzes bewirtschaftet und den Nutzern die nötigen Flächen zuteilt.“
- **Konsequenzen für den Patienten:** Das typische Akutkrankenhaus verfügt zu 90 Prozent über Einzelzimmer. Dank ausgereifter Infrastruktur für Kommunikation und Behandlung halten sich 30 Prozent der Patienten nicht in der Klinik, sondern zu Hause auf. Die Bettenzahl ist geschrumpft, Roboter leisten unverzichtbare Arbeit. Zustand und Bedürfnisse der Patienten werden fernüberwacht, unabhängig von ihrem Aufenthaltsort.

Christian Elsener / Beat Gafner / Kurt Ritz / Jost Kutter, Spitalbauten und ihre Zukunft, hg. von PricewaterhouseCoopers AG, 2016, 22 Seiten, [Download](#).

Bildung

Tablet oder Tafel? Lernziel digitales Klassenzimmer

Die Veranstalter der diesjährigen Didacta gaben sich selbst gute Noten. Die größte Bildungsfachmesse der Welt habe ganz im Zeichen des digitalen Wandels gestanden, freuten sie sich kürzlich in ihrem Schlussbericht. „Spannende, innovative Lösungen für den Unterricht prägten das Angebot.“ Tatsächlich dürften Computer, Tablet und Smartboard in der Schule künftig dafür sorgen, dass Kreidetafel und Schwamm ziemlich alt aussehen. Dennoch warnt Erziehungswissenschaftler Klaus Zierer von der Universität Augsburg vor dem unkritischen Hype ums digitale Klassenzimmer. „Technik allein ist noch kein Garant für Lernerfolg“, wirft er ein. „Kompetenz und Haltung der Lehrpersonen sind entscheidend.“

„Ernüchternd“: Lernerfolg durch neue Medien

In seinem Beitrag für die Konrad-Adenauer-Stiftung lotet Zierer die Chancen und Grenzen digitalen Lernens aus. Er bezieht Position gegen einen öffentlichen Diskurs, der zwischen „Euphorie und Apokalypse“ schwankt: mit Betonung entweder der grandiosen Chancen digitalen Lernens oder aber des bildungspolitischen Absturzes, wo selbiges nicht entschlossen vorangetrieben werde. Eine evidenzbasierte Prüfung des Lernerfolgs neuer Medien beschere ein ernüchterndes Ergebnis: Digitale Unterrichtsmedien erzielten im Vergleich zu herkömmlichen Medien einen auffallend geringen Effekt, erklärt Zierer unter Berufung auf den neuseeländischen

Bildungsforscher John Hattie, der mit dieser Erkenntnis schon vor einiger Zeit überraschte.

Warum stoßen digitale Medien nur wenig Lernerfolg an?

Den Grund für das schlechte Abschneiden der neuen Medien sieht Zierer in ihrer häufigen Ersatzfunktion für traditionelle Medien. Sie fungierten zu oft als simple Informationsträger, ohne dass ihr besonderes Lehr- und Lernpotenzial ausgeschöpft werde. So diene der Computer als Lexikonersatz, das Tablet als Ersatz für Arbeitsblätter und das Smartboard als Tafelersatz. Nur wenn die neuen Medien einen echten Mehrwert durch spezifische Erkenntnisleistungen schafften („fehlerfreundliche Lernkultur“), ließen sich weitaus bessere Lerneffekte erzielen. Zum Beispiel im Falle von Videoaufnahmen des Bewegungsablaufes im Sportunterricht, die im Lehrer-Schüler-Gespräch zur vertiefenden Trainingsanalyse dienten.

Investition in Technik, nicht in Menschen

Digitales Unterrichten bedarf der systematischen Lehrerfortbildung. Eine Notwendigkeit, der die Bildungspolitik nur unzureichend nachkommt, bedauert Erziehungswissenschaftler Zierer. „Man investiert gerne in Technik, nicht immer in

Menschen und geht davon aus, dass jeder, der ein Handy oder einen Computer besitzt, weiß, wie man diese Technik in den Unterricht integriert – ein Trugschluss...“

Reizüberflutung hemmt Lernleistung

Der mangelnde Unterrichtserfolg der elektronischen Medien darf nicht nur den Lehrern angelastet werden. Auch die Lernprogramme selbst bergen einen entscheidenden Nachteil. Ihr optisches und akustisches Reizpotenzial sorgt für eine Überfrachtung der Sinne, für Ablenkung und Konzentrationsstörungen. Solche gehäuft auftretenden Symptome haben bereits die Frage provoziert „Is Google making us stupid?“ (Nicolas Carr) oder den Streit um „Digitale Demenz“ (Manfred Spitzer) befeuert. Gesichert ist immerhin, dass Studierende, die ihre Aufzeichnungen handschriftlich anfertigen, in puncto Merk- und Transferleistungen besser abschneiden als Laptopnutzer. Zugespitzt gesagt: „Neue Medien können im Vergleich zu traditionellen Medien auch Lernen verhindern.“

Lernen strengt an – digital und analog

Digitale Techniken sind manchmal mit der Vorstellung vom leichten Lernen konnotiert. „Dabei gibt es nichts Falscheres als das. Lernen hat immer mit Anstrengung zu tun“, hält der Autor dagegen. Dazu gehört es, an die persönlichen Grenzen zu

stoßen, Fehler zu machen und Umwege zu gehen. Ein weiterer Fehlschluss liegt Zierer zufolge darin, aus dem selbstverständlichen Umgang der jungen Digital Natives mit Smartphone und Laptop auf ihre digitale Lernkompetenz zu schließen. In Wirklichkeit liegen die Lernvoraussetzungen für Jung und Alt nahe beieinander: klare Ziele, strukturierte Lernumgebung, mehrfache Wiederholung und intensive Lehrer-Schüler-Beziehung. „Lernen bleibt folglich lernen – ob digital oder nicht.“

Der Lehrer im Mittelpunkt

Eines haben Griffel, Schulbuch und Computer gemeinsam: Medien allein haben noch nie das Lernen revolutioniert. Technik braucht den Menschen, um wirken zu können. Persönlichkeit und Professionalität des Lehrers entscheiden auch im digitalen Klassenzimmer über den Lernerfolg, stellt Zierer klar. Vermag er digitale Medien pädagogisch kompetent einzusetzen, fördert das fraglos den Lernerfolg. So sollte er den Gebrauch neuer Medien immer auf den einzelnen Schüler zuschneiden und nicht ein Lernprogramm für alle verwenden; Medien nur dann nutzen, wenn sie wirklich die beste Wahl sind; neue Medien nicht als Ersatz für die Lehrperson und analoge Lernprozesse einsetzen, sondern durch Gespräche und Zusammenarbeit in das soziale Gefüge des Unterrichtsgeschehens integrieren.

Erfolgsfaktoren digitalen Lernens

Vier Entwicklungsfelder verhelfen dem digitalen Lernen zum

Erfolg. Erstens bedarf es gehöriger pädagogischer Expertise und dem Zusammenspiel aus Fachkompetenz, didaktischer Qualifikation und Urteilsvermögen. Zweitens sollten Medien als Vehikel einer fehlerfreundlichen Lernkultur nutzbar gemacht werden. Drittens sind Austausch und Kooperation im Lernprozess, die Wirkmacht „kollektiver Intelligenz“, gefragt. Viertens bedürfen Forschung und Praxis einer evidenzbasierten Ausrichtung, alleine schon, um nicht der Flut an Programmen, Spielen und Apps hilflos zu erliegen.

Klaus Zierer, Möglichkeiten und Grenzen einer Digitalisierung im Bildungsbereich, in: Analysen & Argumente, hg. von der Konrad Adenauer Stiftung, Februar 2017, 12 Seiten, [Download](#).

Integration

Deutsche brauchen keine Angst um ihre Jobs zu haben

Wo Flüchtlinge zuziehen, schnellt die Kriminalitätsrate nicht hoch. Dort können ausländerkritische Parteien auch nicht automatisch Wahlerfolge verbuchen. Mit noch einem weiteren Vorurteil räumt eine gemeinsame Studie des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und der schottischen University of Strathclyde auf: Migranten nehmen den Einheimischen keine Arbeitsplätze weg. Allerdings lohnt es sich, genauer hinzuschauen. Andere Migranten haben durchaus Grund, sich um ihre Jobs zu sorgen. Die empirische Basis der Analyse besteht im Wesentlichen aus Datensätzen der Landesministerien für die Zeit von 2013 bis Mitte 2016, ermöglichen also den Vergleich vor und nach der Flüchtlingskrise.

Migranten machen Deutsche nicht arbeitslos

Der Zuzug von Flüchtlingen im genannten Zeitraum hat keinen Einfluss auf die Arbeitslosenquote der einheimischen Bevölkerung. Ein Verdrängungseffekt liegt der ZEW-Studie zufolge nicht einmal in Regionen mit einem hohen Flüchtlingsanteil oder mit einer Erstaufnahmeeinrichtung vor. „Ähnliches gilt für die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren. Hier liegt der Effekt bei -0.0001 Prozentpunkten und damit praktisch bei null“, erklären die Wissenschaftler. Das will etwas heißen, schließlich sucht diese Altersgruppe häufig nach Ausbildungsplätzen und einem beruflichen Einstieg. Für deutsche Arbeitslose lässt sich sogar ein leicht positiver Trend beobachten:

aufgrund insgesamt rückläufiger Arbeitslosigkeit und erhöhtem Personalbedarf für Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen.

Migranten kommen eher anderen Migranten ins Gehege

Anders sieht es für nichtdeutsche Beschäftigte aus: Deren Arbeitslosigkeit wuchs mit dem Zuzug von Migranten an. So verzeichnet die Arbeitslosenstatistik für das erste Quartal 2016 zusätzliche 150.000 nichtdeutsche Arbeitssuchende. „Dies bedeutet, dass die durchschnittliche Arbeitslosenquote in dieser Gruppe um 1,2 Prozentpunkte steigt, wenn pro 100.000 Einwohner 387 Flüchtlinge hinzukommen.“ Die Autoren sehen die Gründe in ähnlichen Qualifikationen und einer Zunahme der Schwarzarbeit.

Kriminalität: Kaum Straftaten, mehr Drogendelikte

Mit Ausnahme von Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht und gegen Asylgesetze hat der Flüchtlingszuwachs der Studie zufolge nur zu einem geringfügigen Zuwachs an Straftaten geführt. „Bei durchschnittlichen 6.417 Straftaten pro 100.000 Einwohner kommt man auf einen Anstieg von 1,5 Prozent. In der Gruppe der nichtdeutschen Straftaten ist dies ein Anstieg von 8,6 Prozent. Allerdings sind hier alle Straftaten von Ausländern enthalten, nicht nur von Flüchtlingen.“ Ein Anstieg liegt ebenfalls

bei Drogendelikten (1,4 %) und beim Schwarzfahren (Nichtdeutsche: 8 %) an Orten mit einer größeren Erstaufnahmeeinrichtung vor. Die Ergebnisse deuten den Autoren zufolge darauf hin, dass ein Erstaufnahmelager mit einem Anstieg deutscher und nichtdeutscher Drogendelikts-Verdächtiger in Zusammenhang steht.

Flüchtlingszuzug nicht ausschlaggebend für AfD-Erfolg

Treibt die Anwesenheit von Flüchtlingen die lokale Bevölkerung in die Arme von Parteien mit einem harten Einwanderungskurs? Das Studienergebnis mag überraschen: „Allein ein stärkerer Zuzug von Migranten in einem Landkreis oder das Vorhandensein einer Erstaufnahmeeinrichtung dort ist noch kein ausschlaggebender Faktor für den Wahlerfolg der AfD“, fasst ZEW-Ökonom Martin Ungerer die Antwort zusammen. Generell stellt die Studie allerdings nicht in Abrede, dass die Flüchtlingskrise das Wahlverhalten der Bürger beeinflusst. Nur eben anders als vielfach angenommen: CDU, SPD und GRÜNE zusammen verlieren 4,5 Prozentpunkte Stimmenanteil, wenn pro 100.000 Einwohner 387 Flüchtlinge hinzukommen, so die Erhebung. „Wir beobachten, dass die jeweilige Regierungspartei auf Landesebene durch zusätzliche Flüchtlinge in einem Landkreis Stimmenverluste hinnehmen muss. Die Verluste lassen sich allerdings nicht 1:1 in Gewinnen der AfD wiederfinden. Vielmehr scheinen sich die Stimmen gleichmäßig auf alle Parteien ohne Regierungsbeteiligung zu verteilen.“

Augen auf bei Arbeitsmarktintegration und Drogendelikten

Mehr als eine Million Menschen suchten 2014/15 Zuflucht in Deutschland – eine einzigartige Herausforderung. Die Autoren sind sich bewusst, dass ihre Studie lediglich die kurzfristigen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft untersucht. Weitere Analysen etwa zum Arbeitsmarkt müssten klären, ob es langfristig nicht doch zur Verdrängung einheimischer Arbeitskräfte komme. „Die politischen Entscheidungsträger sollten in diesem frühen Stadium nach der Zuwanderung der Arbeitsmarktintegration von Migranten einen erhöhten Mitteleinsatz widmen“, empfehlen sie vorbeugend. Auch bei der Drogenkriminalität raten die Autoren zu erhöhter Aufmerksamkeit. „Wie wir zeigen, ist die allgemeine Kriminalität durch die Flüchtlinge kaum gestiegen.“ Anders sieht es bei der Drogenkriminalität in Erstaufnahmeeinrichtungen aus. „Dort müssen Menschen oft längere Zeit ohne große Beschäftigung verweilen. Uns ist klar, dass man die Prozesse nicht beliebig beschleunigen kann.“ Allerdings könnten die Studienergebnisse eine größere Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger auf dieses Problem lenken.

Markus Gehrsitz / Martin Ungerer, Jobs, Crime and Votes – A Short-run Evaluation of the Refugees Crisis in Germany, hg. von Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Discussion Paper No. 16-086, 48 Seiten, [Download](#).

Gesellschaft

Armutsbericht: Wirtschaft brummt, Abkoppelung nimmt zu

Die deutsche Wirtschaft brummt, der Finanzminister konnte gerade erst zum dritten Mal in Folge einen Milliarden-Überschuss verkünden, die Arbeitslosigkeit geht zurück. Doch in den kommenden Monaten dürfte ein ganz anderer Aspekt den Kampf zur Bundestagswahl im Herbst beherrschen: die Armut im Land. Die trüben Fakten dazu könnten dem aktuellen Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands entstammen.* Demnach hat die Armut einen neuen Höchststand erreicht. 12,9 Millionen Deutsche sind arm, die Armutsquote liegt bei 15,7 Prozent.

Wer ist arm?

Der Bericht geht von relativer Einkommensarmut aus: Dieser statistische Wert zählt jede Person als arm, die mit ihrem Einkommen unter 60 Prozent des mittleren Einkommens (nicht des Durchschnittseinkommens) liegt. Gerechnet wird das Haushalts-Nettoeinkommen inklusive Wohn- und Kindergeld, weitere Transferleistungen und sonstige Zuwendungen. Die Armutsschwelle beträgt für einen Single 942 Euro, einen Alleinerziehenden mit Kind 1.225 Euro und für ein Paar mit zwei Kindern je nach Alter zwischen 1.978 Euro und 2.355 Euro.

Die „Soziodemografie der Armut“ nimmt besonders betroffene Bevölkerungsgruppen in den Blick: Alleinerziehende (Armutsquote 43,8 %), Familien mit drei und mehr Kindern (25,2 %), Erwerbslose (59 %), niedrigqualifizierte Personen (31,5 %),

Ausländer (33,7 %) und Menschen mit Migrationshintergrund (27,7 %). Zwei Gruppen fallen im langfristigen Vergleich besonders auf: Erwerbstätige und Rentner. Die zunehmende Armut bei Erwerbstätigen (von 7,3 auf 7,8 %) wertet der Bericht als „klaren Fingerzeig in Richtung Niedriglohnssektor, erzwungener Teilzeitbeschäftigung oder auch eines nicht ausreichenden Familienlastenausgleichs.“ Wachsende Rentner-Armut (von 10,7 auf 15,9 %) drückt sich darin aus, dass sich die Zahl derer, die auf Grundsicherung angewiesen sind (seit 2003), mehr als verdoppelt hat. Angesichts der wachsenden Zahl von Menschen mit gebrochenen Erwerbsverläufen wird sich diese Tendenz verstärken.

Wie ist Armut regional verbreitet?

Armut 2015 herrschte bundesweit fast flächendeckend, lediglich Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Saarland und Rheinland-Pfalz wiesen eine leicht rückläufige Entwicklung auf. Im Länderranking ist Deutschland viergeteilt, differenziert der Bericht:

- Die wohlhabenden Südländer Bayern und Baden-Württemberg heben sich mit Armutsquoten von 11,6 und 11,8 Prozent positiv vom Bundesdurchschnitt (15,7 %) ab.
- Um diesen gesamtdeutschen Wert herum liegen zum Beispiel die Länder Hessen (14,4 %), Schleswig-Holstein (14,6 %) und Hamburg (15,7 %)

- Überproportional von Armut betroffen sind das Saarland (17,2 %), Nordrhein-Westfalen (17,5 %), Sachsen (18,6 %) und Thüringen (18,9 %).
- Zu den abgeschlagenen Ländern gehören u. a. Berlin (22,4 %) und Bremen (24,8 %).
- Zoomt man an einzelne Regionen heran, wird die Kluft noch tiefer: Dann reicht die Armutsspanne von aktuell 8,1 Prozent im Münchener Raum bis zur 33,4 Prozent in Bremerhaven – ein Unterschied von 25,3 Prozent im Vergleich zu 17,5 Prozent (2005).

„Armutspolitische Problemregionen Deutschlands“

Der Zehn-Jahres-Vergleich verdeutlicht, dass alle ostdeutschen Bundesländer ihre Armut merklich abbauen konnten – auf hohem Niveau, Dagegen stieg sie in den westdeutschen Bundesländern spürbar an. Ausnahmen bilden lediglich Hamburg und Bayern. „Unter dem Strich sind es jedoch die Länder Bremen, Berlin und Nordrhein-Westfalen, die im Zehn-Jahres-Vergleich als besonders problematisch herausstechen.“ So weist NRW eine Armutsquote von 17,5 Prozent auf und eine gegen den Bundestrend steigende Hartz-IV-Quote von 11,7 Prozent, bei Kindern sogar von 18,1 Prozent. „Das Ruhrgebiet und Berlin müssen unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl und der längerfristigen Trends als die armutspolitischen Problemregionen Deutschlands angesehen werden, die besondere

Aufmerksamkeit verdienen.“

Ausblick und Kritik

Der Armutsbericht spricht Klartext: Mit Blick auf die letzten zehn Jahre müsse konstatiert werden, dass wirtschaftlicher Erfolg offensichtlich keinen Einfluss auf die Armutsentwicklung hat. Im Gegenteil: Ungleichheit und Abkopplung einer wachsenden Zahl von Menschen vom allgemeinen Wohlstand seien größer geworden. Die Verfasser des Berichts sehen daher Arbeitsmarktpolitik, Wohnungsbau und Bildung besonders gefordert. Steuer- und Finanzpolitik müssten der sozialen Ungleichheit entschlossen entgegensteuern.

Allerdings stößt der Bericht auch auf Kritik. So moniert der Deutsche Städte- und Gemeindebund die Einbeziehung von Studenten in die Armutspopulation. Diese Personengruppe verfüge zwar aktuell nur über ein geringes Einkommen, nehme sich künftig aber – zu recht – als Leistungselite wahr. Vertreter der Caritas hingegen kritisieren die statistische Konzentration auf die relative Armut. Wer mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens auskommen müsse, sei nicht automatisch arm.

Methodische Anmerkungen

Der Hauptteil der Analyse skizziert die regionale Armutsentwicklung anhand des Mikrozensus des Statistischen

Bundesamtes 2015. Teil 2 wendet sich der sozialen Lage verschiedener Bevölkerungsgruppen zu, zum Beispiel von Alleinerziehenden, Jugendlichen, Arbeitslosen, Migranten und alten Menschen. Daran knüpfen Querschnittsthemen wie Wohnungslosigkeit und Gesundheit an.

* Mitherausgeber des Armutsberichts sind neben dem Paritätischen Gesamtverband der Verband alleinerziehender Mütter und Väter, der Deutsche Kinderschutzbund, das Deutsche Kinderhilfswerk, die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben, die BAG Wohnungslosenhilfe, die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie, der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen, die Volkssolidarität und Pro Asyl.

Der Bericht, weitere Infos und eine detaillierte Suchfunktion nach Postleitzahlen sind zu finden unter:

www.der-paritaetische.de/armutsbericht.

Generali Altersstudie: Vom Herbst des Lebens zum dritten Frühling

Alt zu sein, ist auch nicht mehr das, was es mal war. Früher das Bild vom grauhaarigen Rentner im Schaukelstuhl, heute der braungebrannte Silver Ager im Lässig-Look. Themen wie Altersarmut, Einsamkeit und Angst, nicht mehr gebraucht zu werden, stören da nur. Doch wie ist es wirklich? Wie sehen sich

alte Menschen selber, wie werden sie in der Gesellschaft wahrgenommen? Und welche Daten zur Situation alter Menschen liefert die Wissenschaft? Die Generali Altersstudie 2017 entwirft das vielschichtige Porträt einer Generation, die so bunt ist wie andere Generationen auch.

Überwiegend zufrieden, wenn gesund und abgesichert

Die Generation der heute 65- bis 85-Jährigen hat mehrheitlich ein optimistisches Lebensgefühl. Sie führt ein aktives und abwechslungsreiches Leben und beurteilt das Alter als einen Lebensabschnitt mit neuen Chancen. Passend dazu fühlt sich diese Generation rund zehn Jahre jünger als es ihrem biologischen Alter entspricht. Auf einer Skala von Null („überhaupt nicht zufrieden“) bis zehn („völlig zufrieden“) stufen sich die Befragten mit dem Durchschnittswert 7,2 ein. Allerdings ist nicht alles für alle gut. Die positive Grundstimmung ist eng mit dem Gesundheitszustand und der finanziellen Situation verknüpft, was soziale Abstufungen deutlich macht. Ältere mit niedrigem Haushaltseinkommen (unter 1.750 Euro) sind deutlich unzufriedener (6,9) als solche mit hohem Einkommen (3.000 Euro und mehr: 7,7). Wer sich nicht gesund fühlt, ist insgesamt unzufriedener (Skalenstufe 5,6) als die Gesunden (8,2). Interessant, was die Befragten als Grund ihrer Zufriedenheit nannten: „Ich habe viele Beschäftigungen und viele Hobbys, meine Reisen, meine Kinder und Enkel“, „ich fühle mich

körperlich und geistig fit“, „muss mich nicht mehr an bestimmte Zeiten oder Vorgaben halten“, „ich bin finanziell abgesichert“. Als Anlass für Unzufriedenheit werden politische Unsicherheit, Flüchtlingskrise, Terrorgefahr und die Sorge um Kinder und Enkel genannt.

Mehr Einkommen, mehr Spielraum

Zwei Drittel (62 Prozent) der 65- bis 85-Jährigen bewerten ihre materielle Situation als gut und sehr gut. 31 Prozent der älteren Menschen in Deutschland empfindet sie als lediglich durchschnittlich, sechs Prozent stufen sie als eher schlecht oder schlecht ein. Das Haushalts-Nettoeinkommen liegt bei durchschnittlich 2.410 Euro im Monat – nach Abzug von Steuern sowie Kranken- und Pflegeversicherung. Damit ist das Einkommen der Senioren seit 2013 um 200 Euro oder zehn Prozent gestiegen, das frei verfügbare Geld – nach Abzug der Ausgaben für die Lebenshaltung – nahm um 20 Prozent (von 522 auf 628 Euro) zu. Mit erheblicher sozialer Schere: von 351 Euro bei geringem Einkommen bis zu 1.027 Euro bei höherem Einkommen. Altersarmut ist für die aktuelle Studie noch kein besonderes Thema, kann es aber werden. „Die soziale Spreizung nimmt in der mittleren Generation derzeit zu. Daher ist davon auszugehen, dass sukzessive auch das Thema Altersarmut tatsächlich in den nächsten Jahren, Jahrzehnten bedeutsamer wird.“

Besserverdiener arbeiten gern länger

Zwar müssen sich die unteren Einkommensgruppen nach dem Ende des Erwerbslebens besonders einschränken. Was nicht heißt, dass sie aus dem Ruhestand heraus noch einer beruflichen Tätigkeit nachgehen. „Im Gegenteil: Es sind eher ältere Menschen aus den oberen Einkommensgruppen, die auch jenseits der 65 noch beruflich aktiv sind“, hält die Studie fest. So arbeiten 19 Prozent der Ruheständler mit höherem Einkommen zumindest noch stundenweise gegenüber 13 Prozent mit niedrigerem Einkommen. Insgesamt gehen aktuell mehr alte Menschen (15 %) einer Arbeit nach, als es die Generali Altersstudie 2013 erhob (11 %). Lohnend ist der Blick auf die Motive der arbeitenden Senioren: 39 Prozent sind eigenen Angaben zufolge auf das Geld dringend angewiesen, eine breite Mehrheit nennt jedoch auch andere Gründe, zum Beispiel Spaß an der Arbeit, den Wunsch, geistig und körperlich fit zu bleiben, den Kontakt zu anderen Menschen.

Digital im Alter

Interessante Einblicke und soziale Unterschiede offenbart die Studie auch bei der Nutzung von digitalen Medien. Jeder Zweite der 65- bis 85-Jährigen nutzt das Internet. In der Altersgruppe der 65- bis 74-Jährigen sind es zwei Drittel, bei den 75- bis 85-Jährigen nur ein Drittel. Deutlich mehr Gutverdienende (81 %) surfen im Internet als Bezieher niedriger Einkommen (23 %). Generell spalten sich bei der Technik die Geister: 34 Prozent

der Befragten haben eigenen Angaben zufolge Interesse an moderner Technik und probieren gerne Neues aus, 39 Prozent fühlen sich aber überfordert und genervt.

Gesellschaftliche Teilhabe ist das A und O

Soziale Beziehungen und gesellschaftliche Teilhabe ist alten Menschen sehr wichtig, ergab die Studie. Zwei Drittel der 65- bis 85-Jährigen leben mit einem Partner zusammen. 69 Prozent können zudem auf einen festen Freundes- und Bekanntenkreis zurückgreifen, mit dem sie sich regelmäßig treffen. 25 Prozent der Senioren-Eltern sehen ihre Kinder täglich oder fast täglich, weitere 29 Prozent mindestens einmal pro Woche. Nur einer von hundert der Befragten gibt an, niemanden zu haben, an den er sich in einer schwierigen Lage wenden kann. Trotz altersbedingter Einschränkungen am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, Verantwortung für sich selbst und andere zu übernehmen, ist für Ältere ein großes Anliegen. 42 Prozent der Befragten engagieren sich ehrenamtlich.

Vieles kann, nichts muss

Die Studie belegt eindrucksvoll, wie sehr das Alter zu einem langen Lebensabschnitt mit eigenem Gestaltungsauftrag geworden ist. Vieles kann, nichts muss – die moderne Senioren-Generation steht selbstbewusst dazu, das Erreichte zu genießen und sich offen gebliebene Wünsche zu erfüllen. Vom „Herbst des Lebens“ mag heute niemand mehr sprechen, lieber

vom „dritten Frühling“. Darüber hinaus legt die aktuelle Bestandsaufnahme zur Lage der Alten-Generation einen politischen Gestaltungsauftrag nahe. Zum einen heißt das, die zunehmende soziale Ungleichheit im Erwerbsleben anzugehen, um der Gefahr geschmälerter Teilhabemöglichkeiten und limitierten Zugangs zu medizinischen und pflegerischen Leistungen im Alter vorzubeugen. Zum anderen sollte die Politik Konzepte schaffen, „die darauf zielen, das Humanvermögen älterer und alter Menschen vermehrt zu nutzen“. Zum Beispiel dadurch, dass sie auf eigenen Wunsch hin länger arbeiten können. Dabei ist das große Interesse der Betroffenen an zeitlicher und inhaltlicher Souveränität zu beachten. Weiterhin, so die Altersstudie, sei der Ausbau von Strukturen für ehrenamtliches Engagement empfehlenswert.

Ziel, Methode, Autoren

Die aktuelle Altersstudie, nach 2013 die zweite Ausgabe, liefert einen umfassenden Einblick in Lebenswelt, Einstellungen und Bedürfnislagen der älteren Generation. Für die repräsentative Untersuchung wurden mehr als 4.100 Bundesbürger der Altersgruppe 65 bis 85 Jahre persönlich befragt. Zusätzlich liefern 20 Einzelporträts beeindruckende Facetten aus den Lebenswelten alter Menschen. Autoren der Studie sind Renate Köcher und Michael Sommer vom Institut für Demoskopie Allensbach. Weitere Mitwirkende sind die Altersforscher

Rolf Heinze, Andreas Kruse, Thomas Klein, Gerhard Naegele und Elisabeth Pott.

Generali Altersstudie 2017 – Wie ältere Menschen in Deutschland denken und leben, hg. von der Generali Deutschland AG, Springer Verlag GmbH, ISBN 978-3-662-50394-2, 375 Seiten, 19,99 Euro.

Buchempfehlung

Ulrich Heinemann: Bewegter Stillstand. Die paradoxe Geschichte der Schule nach PISA

Beltz Juventa Verlag, Weinheim/Basel 2017, 502 S., 68,- Euro, ISBN: 978-3-7799-3496-7

Am Anfang war PISA! Der internationale Schul-Leistungsvergleich gilt in der Öffentlichkeit bis heute als Initialzündung für eine zweite deutsche Bildungsreform. Fragt man Eltern und Lehrer, ist in den Schulen nach PISA 2000 angeblich kein Stein auf dem anderen geblieben. Es herrscht eine wahre Kakophonie der Urteile und alle sind sich einig: Schule ist spürbar in Bewegung geraten. „Stimmt, an der Oberfläche hat sich viel bewegt, es gibt das Zentralabitur, die Schulinspektion, individuelle Lernförderung oder selbständige Schulen“, bilanziert Bildungsexperte Ulrich Heinemann (66). „Aber darunter herrscht rasanter Stillstand. Die Arbeitskultur in deutschen Schulen ist quasi lernunfähig, veraltet und unbeweglich.“ Seine komplexe Analyse dazu nennt er „Bewegter Stillstand. Die paradoxe Geschichte der Schule nach PISA“.

Warum geht es mit der Reform nicht voran?

Ulrich Heinemann ist eigentlich ein ausgesprochener Verfechter der Schulreform. Der Redenschreiber der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau und Wolfgang Clement war bis zu seinem Ruhestand

13 Jahre lang Abteilungsleiter im NRW-Ministerium für Schule und Weiterbildung. Seine gut geschriebene Analyse ist trotzdem kein Erfahrungsbuch, darauf legt der Historiker Wert. „Meine beruflichen Erfahrungen spielen lediglich eine Rolle als Plausibilitätskern.“ Es geht ihm vielmehr darum, den Blick dafür zu schärfen, was die Menschen mit Schule verbinden. „Und warum es mit der Reform nicht voran geht. Das hat viel mit der allgemeinen Erwartung zu tun, die wir alle über Schule haben“, so Heinemann im Gespräch mit unserer Autorin.

Die Arbeitskultur im Schulsystem ist quasi lernschwach

In seinem Buch „Bewegter Stillstand“ geht der Historiker ausführlich und umfassend der Frage nach: Wer oder was könnte die deutschen Schulen leistungsstärker, zukunftsfester und zugleich chancengerechter machen? Für Heinemann herrscht anderthalb Jahrzehnte nach der ersten Pisa-Studie immer noch der Geist des 19. Jahrhunderts. Allein in den Strukturen und im Denken hat sich beim Gros der Lehrkräfte bisher „sehr wenig bis nichts bewegt“. „Die Arbeitskultur im Schulsystem ist quasi lernschwach, es fehlen Arbeitsteilung und Teamorientierung. Darüber öffentlich zu sprechen ist ein Tabu, und teilweise vermintes Gebiet“, weiß der Historiker.

Paradox: Es wurde eher zu viel als zu wenig modernisiert

15 Jahre hat der gebürtige Bochumer sehr ambitioniert eine Art 360-Grad Betrachtung gemacht. Heinemann beleuchtet alle Ebenen, Akteure und Stakeholder, um möglichst viele Aspekte des Schulwesens einzubeziehen: Schulaufsicht und Bildungspolitik genauso wie die Belastung der Lehrkräfte. Eltern, Unterricht, Lehrpläne. Sogar die schulische Arbeitsorganisation, die soziale Herkunft der Schüler und regionale Einflüsse auf die Schülerleistungen nimmt er in den Blick. Der Historiker resümiert: „Es sind nach der Schulreform sehr viele Mittel geflossen, es wurde eher zu viel als zu wenig modernisiert. Die Schulen sind somit durchaus selbstständiger geworden. Lehrpläne wurden verändert und auf Kompetenzen umgestellt, individuelle Förderung steht inzwischen in fast allen Schulgesetzen.“

Wir werden immer noch wie unsere Urgroßeltern unterrichtet

Trotzdem beobachtet der Sozialdemokrat „rasanten Leerlauf“ und bemängelt, dass die Schularbeitskultur tief im 19. Jahrhundert stecken geblieben ist. Trotz Digitalisierung gibt es

nach wie vor gravierende Modernisierungsdefizite. Gemeint ist beispielsweise der ritualisierte, lehrerzentrierte Halbtags-Unterricht im 45-Minuten-Takt, nach dem schon unsere Ur-Großeltern unterrichtet wurden. Der bleibt in leicht modernisierter Form weiter bestehen. Selbst lange Ferienzeiten im Sommer orientieren sich noch am vorindustriellen Erntezyklus. Und die Weinleseferien in Rheinlandpfalz sind ein Anachronismus, da die Weinlese längst nicht mehr von Kindern gemacht wird. „Immer mehr Eltern haben dagegen Riesenschwierigkeiten die Kinder in den viel zu langen Sommerferien unterzubringen, vor allem, wenn beide arbeiten.“

G8/G9-Debatte: Gefühlte Probleme werden zu echten Problemen

Die Sehnsucht nach der guten alten Zeit zeigt sich für Heinemann auch in der heftigen Debatte über die verkürzte Schulzeit an Gymnasien. In der Debatte G8/G9 belegt keine einzige wissenschaftliche Untersuchung, dass durch die verkürzte Schulzeit die Abi-Leistungen schlechter sind. „Aber es gibt das Gefühl bei den Eltern, unsere Kinder schneiden schlechter ab.“ Für Heinemann ist der Unterschied zwischen analytischem Wissen und gefühltem Wissen groß. „So werden gefühlte Probleme zu echten Problemen, vor allem für Politiker, die wiedergewählt werden wollen.“

Keine Experimente auf dem Rücken der Kinder

Problematisch sind für Heinemann in jedem Fall die Mono-Professionalität und die Allzuständigkeit. Lehrkräfte sind vom Unterrichtsstoff über die individuelle Förderung bis zur Pausenaufsicht für alles alleine zuständig. Dennoch halten sowohl die Lehrerverbände, an denen Heinemann kein gutes Haar lässt, als auch die Öffentlichkeit an diesem belastenden Modell fest. Hilfreiche Team-Orientierung oder die Akzeptanz von Assistenzlehrern sind im Schulsystem eher schwach ausgebildet, obwohl es eine entlastende Arbeitsteilung wäre. Bei jedem Reformversuch gibt es stattdessen Beifall für zwei Aussagen: Erstens: Keine Experimente auf Rücken der Kinder. Zweitens: Lasst doch die Lehrer in Ruhe ihre Arbeit tun. „Unser strukturkonservativ-moralisches Bachgefühl ist nicht reformförderlich“ sagt Heinemann, „als ich das kapiert habe, wusste ich: Dafür sind wir letztendlich alle verantwortlich, wenn sich nichts ändert.“

Begabte und Schwächere fallen nach wie vor raus

Heinemann war im NRW-Ministerium für Fortbildung zuständig. Bei dem Versuch, Lehrkräfte für eine Weiterbildungsmaßnahme in den Ferien zu gewinnen, „hätte ich beinahe meinen Humor

verloren“. „Die viel zu langen Ferien sind ein Überbleibsel, an das man nicht rührt. Vermintes Gebiet.“ Und alles was die Forschung über individuelle Förderung von schwachen und begabten Schülern herausgefunden hat, ist gerade wegen der enormen Arbeitsbelastung der Lehrer im Schulsystem „nicht erheblich, weil das nur stört“. Auch die fest im 20. Jahrhundert verorteten Leistungskriterien einer ethnisch und sozial homogenen Mittelschichtkultur werden nicht thematisiert. „Der Unterricht ist weiter auf die Mittelköpfe ausgerichtet. Begabte und Schwächere fallen nach wie vor raus. Am Wurzelwerke ist es immer noch das alte Schulsystem.“

Wissen ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts

Heinemann hat drei Sorgen mit Blick auf eine deutsche Gesellschaft, die stark Wissensproduktionsorientiert ist. Erstens: Schülern wird nur abrufbares Wissen vermittelt, sie lernen nicht, wie man mit diesem Wissen weiter arbeitet. „Sie brennen nicht mehr für ein Fach, sind kaum spezialisiert“. Das merkt der Lehrbeauftragte auch bei seinen Studenten. „Wissen als Rohstoff des 21. Jahrhunderts zu verstehen, da sind deutsche Schulen unterdurchschnittlich gut.“

Schulen sind keine guten Migrationsagenturen

Zweitens sind Schulen keine guten Migrationsagenturen. Für Heinemann dominiert eine homogene weiße christliche Mittelschicht die Schuldebatte. Das sei „vermintes Gebiet“, die meisten Beteiligten möchten, dass alles so bleibt, wie es ist. Drittens haben es Unterschichtenkinder weiterhin schwerer. „Unsere Schulen sind zwar chancengerechter geworden, aber noch verlassen 17 Prozent nach PISA die Schule, ohne Grundkompetenzen in Lesen, Schreiben und Rechnen.“ Heinemann fordert, sich am Kampf gegen funktionalen Analphabetismus ein Beispiel an Großbritannien zu nehmen. „Typisch ist, damit haben wir angeblich nichts zu tun.“

Ein Paradigmenwechsel in der Sicht auf Schule

In sieben Kapiteln beschäftigt sich Heinemann auch mit Scheinriesen wie den Bildungsstiftungen, Eltern als heimlichen Giganten und Vetospielern. „Nicht so sehr Sparwütige die Politik oder die unfähige Bürokratie, wahlweise überbesorgte oder verantwortungslos desinteressierte Eltern hindern unsere Schulen an besserer Arbeit. Auch nicht der flexible Kapitalismus.“ Sogar den Ruf nach mehr Lehrern und kleineren Klassen hält der Autor für einen falschen Ansatz. Für den Bildungsexperten ist in erster Linie das Schulsystem

selbst der Ausgangspunkt der Modernisierungsdefizite.“ Diese Erkenntnis ist für Heinemann „ein Paradigmenwechsel in der Sicht auf Schule“, zu dem er mit seinem Buch beitragen möchte.

Fazit

Für Heinemann ist der grundlegende Irrtum der Schulpolitik, dass sie davon ausgeht, das Schulsystem sei wandlungsfähig und reformbereit. „Die Akteure sind aber offene oder verkappte Gegner bei der Durchsetzung zentraler Reformelemente, weil ihre Privilegien und ihre Autonomiespielräume gefährdet sind.“ Der Bildungsexperte wünscht sich eine andere Arbeitskultur an den Schulen und eine Verbesserung der digitalen Strukturen, um die Kinder fit zu machen für das 21. Jahrhundert: Dazu gehören multiprofessionelle Teams, den Lehrerberuf wie in den Niederlanden spezialisieren, Räume und Ressourcen für Digitalisierung schaffen. Das schlechte Abschneiden bei den neuesten PISA-Studien zeigt Heinemann aber, dass sich Deutschland den zentralen Problemen im Bildungsbereich nicht stellt, sondern sie tabuisiert.

Weitere Beiträge zum Thema:

*deutsches bildungssystem lernunfaehige schulen
ulrich heinemann*

Impressum

Verlag/Herausgeber:

Bank für Sozialwirtschaft AG
Konrad-Adenauer-Ufer 85
50668 Köln
Telefon 0221 97356-237
Telefax 0221 97356-479

www.sozialbank.de

Redaktion:

Susanne Bauer (v. i. S. d. P.), s.bauer@sozialbank.de,
Eva Richter

Maicke Mackerodt, info@mackerodt.de, www.rhein-reden.de
(Buchempfehlung)

ISSN: 1869-7631

Erscheinungsweise: monatlich